

Vorlage der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats



Stadtverwaltung
WALLDORF

Walldorf, 01.10.2019/hl

Nummer 90/2019	Verfasser EBG Steinmann	Az. des Betreffs 484.2; 103.50	Vorgänge
--------------------------	-----------------------------------	--	-----------------

TOP-Nr.: 3

BETREFF

Antrag der SPD-Fraktion zur Beteiligung an der Aktion SEEBRÜCKE

HAUSHALTS AUSWIRKUNGEN

HINZUZIEHUNG EXTERNER

BESCHLUSSVORSCHLAG

Der Gemeinderat berät über den Antrag der SPD-Fraktion, dass sich die Stadt Walldorf zum sicheren Hafen erklärt. Konkret befindet der Gemeinderat über:

- a) die Erhöhung der Zuweisungsquote insoweit, als es sich um aus Seenot gerettete Flüchtlinge handelt verbunden mit der zusätzlichen Bereitstellung von Wohnraum für die entsprechende Anschlussunterbringung,
- b) die Solidarisierung mit den Menschen und den Zielen der SEEBRÜCKE, die Forderungen gegenüber Land und Bund, gesetzliche Änderungen vorzunehmen, die Forderung nach dem Ausbau von Programmen sowie über den Einsatz für die regionale, nationale oder europaweite Umsetzung der Programme.



- c) die Beteiligung an dem Städtebündnis „Sichere Häfen“.
- d) die Übernahme einer Patenschaft und die finanzielle Unterstützung zu Gunsten eines zivilen Seenotrettungs-Schiffes

SACHVERHALT

Mit dem in der Anlage beigefügten Antrag vom 19.06.2019, der in der Sitzung am 23.07.2019 bekannt gegeben wurde, beantragt die SPD-Fraktion, dass die Stadt Walldorf sich zum sicheren Hafen erklärt, indem sie sich den acht Punkten der angehängten Forderungen „Sicherer Hafen“ der Aktion SEEBRÜCKE anschließt und umsetzt. Wie aus dem Antrag hervorgeht, setzt sich die SEEBRÜCKE dafür ein, dass Menschen, die fliehen mussten, einen Ort zum Ankommen finden. Zu den acht genannten Punkten, denen sich die Stadt gemäß Antrag anschließen soll. Im Einzelnen:

1. Solidarisierung mit den Menschen auf der Flucht und den Zielen der SEEBRÜCKE
2. Öffentliche Positionierung gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer sowie die Übernahme einer Patenschaft und finanziellen Unterstützung für ein ziviles Seenotrettungsschiff,
3. Schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen über die allgemeine Verteilungsquote der Unteren Verwaltungsbehörde hinaus und damit Schaffung zusätzlicher Aufnahmeplätze (Wohnraum).
4. Sich gegenüber Land und Bund für die Einrichtung neuer beziehungsweise einer deutlichen Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden einzusetzen und das Land aufzufordern, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm einzuführen sowie Land und Bund auffordert, im Rahmen eines Resettlements gemäß § 23 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz eine höhere Aufnahmequote zu vereinbaren, sich für die Streichung von § 23 Abs. 1 Satz 3 Aufenthaltsgesetz einzusetzen, wodurch die Zustimmungserfordernis des Bundes für eine Flüchtlingsaufnahme entfielen sowie die Forderung einer eigenständigen Norm zur eigenständigen Aufnahme durch die Länder.
5. Für ein langfristiges Ankommen zu sorgen, alle notwendigen Ressourcen bereit zu stellen und eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Medizin und Bildung zu gewährleisten.

6. sich regional, national und europäisch aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einzusetzen.
7. Sich an der Gründung eines Bündnisses aller „Sicherer Häfen“ zu beteiligen.
8. Die entsprechenden Handlungen öffentlich zu machen.

Auf die konkrete Walldorfer Situation bezogen kann man die mit dem Antrag verbundenen Positionen dahingehend differenzieren, dass der Antrag einerseits ein politisches Statement bzw. eine kommunalpolitische Resolution begehrt, andererseits mit einer entsprechenden Beschlussfassung bzw. Zustimmung konkrete örtliche Maßnahmen einher gehen würden. Die sich konkret auswirkenden Maßnahmen wären insbesondere

- Die Erhöhung der Zuweisungsquote insoweit, als es sich um aus Seenot gerettete Flüchtlinge handelt verbunden mit der zusätzlichen Bereitstellung von Wohnraum für die Anschlussunterbringung
- Die Übernahme einer Patenschaft und die finanzielle Unterstützung zu Gunsten eines zivilen Seenotrettungs-Schiffes
- Die Beteiligung an der Gründung eines Städtebündnisses „Sicherer Häfen“.

Eher einen Resolutionscharakter haben die übrigen Inhalte des Antrags wie die Solidarisierung, die Forderungen gegenüber Land und Bund, gesetzliche Änderungen vorzunehmen, die Forderung nach dem Ausbau von Programmen, der Einsatz für die regionale, nationale oder europaweite Umsetzung der Programme.

Unabhängig von einer Entscheidung des Gemeinderats ist die aktuelle Rechtslage so, dass der vorgegebene Weg für die Unterbringung der Geflüchteten, gleich woher sie kommen, über den Bund zu den Landes-Erstaufnahmen, von dort in die vorläufige Unterbringung bei den Unteren Verwaltungsbehörden und dann in die Anschlussunterbringung bei den Kommunen. Hiervon abzuweichen, gibt es derzeit keine Rechtsgrundlage.

Das heißt im Umkehrschluss, dass nach geltendem Recht eine direkte Aufnahme von Seenot Geretteten in eine Kommune nicht möglich ist. Es muss das ganze formale Procedere wie ärztliche Versorgung, Registrierung und so weiter über den bisher formalen Weg laufen. Im Übrigen haben weder Kommune, Kreis noch Land Einfluss auf die Verteilung der Geflüchteten durch den Bund. Dies wird in Berlin geregelt.

Insoweit müsste man mit dem Rhein-Neckar-Kreis als Untere Verwaltungsbehörde im Falle einer positiven Beschlussfassung Kontakt aufnehmen und dort die Bereitschaft signalisieren, Geflüchte-

ten, die aus Seenot gerettet werden, zusätzlich über die „normale“ Quote unterzubringen und Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Im ursprünglichen Antrag der SPD ist keine Aussage enthalten, um welchen Prozentsatz die Quote erhöht werden soll. Mit Mail vom 5.10.2019 hat sich die SPD für eine Quote von 10 v.H. bezogen auf das uns jeweils zugewiesene Kontingent ausgesprochen. Hierzu müsste im Fall einer entsprechenden Beschlussfassung auch eine gemeinderätliche Aussage getroffen werden.

Derzeit befinden sich in Walldorf 130 Personen in 37 Wohneinheiten der Anschlussunterbringung.

Christiane Staab
Bürgermeisterin

Anlage